

Ä1 Schule demokratisch gestalten. Positionspapier der Landesarbeitsgemeinschaft Bildung der Bayerischen Grünen

Antragsteller*in: Martin Weberbeck (KV Erlangen-Land)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 28 bis 29 löschen:

ist aber ein Lebensraum, in dem demokratisches Handeln vorbildhaft, exemplarisch und partizipativ gelebt und geübt werden muss. ~~{Leerzeichen}~~

In Zeile 86 löschen:

Demokratiebildung muss daher auf verschiedenen Ebenen wirken: ~~{Leerzeichen}~~

Von Zeile 151 bis 156:

3. entwickeln können. Dafür brauchen sie mehr Entscheidungskompetenzen für die Gestaltung von Fächern und Unterricht und ~~ein eigenes, selbstverantwortetes~~ für ihr Budget. Aber Verantwortung bringt auch die Pflicht zur Rechenschaft mit – gleichzeitig ~~führen wir~~ soll ein verlässliches Qualitätsmanagement und mit Evaluation ~~ein~~ eingeführt werden, um den stetigen Entwicklungsprozess zu begleiten und zu steuern. Die Umsetzung

Von Zeile 237 bis 238 löschen:

können. Sie brauchen profunde Kenntnisse in der Steuerung partizipativer Prozesse und Gestaltung demokratischer Abläufe. ~~{Leerzeichen}~~

Von Zeile 248 bis 249 löschen:

übernehmen. Ebenso sollen Schulleitungen spezifisch und planvoll fortgebildet werden. ~~{Leerzeichen}~~

Von Zeile 280 bis 284:

besitzen, d. h. sich zu einer „selbstständigen“, selbstverantworteten Schule entwickeln. Eine selbstverantwortete Schule ~~verfügt~~ ist an den Entscheidungen über ~~ein eigenes Budget~~ ihr Budget beteiligt. Die Schulen erhalten mehr Kompetenzen zur Profilbildung und in der Gestaltung des Schulalltags. Sie etablieren demokratische Prozesse, die sich in der Organisation der Schule, in Unterrichtsformen und Projekten niederschlagen. ~~{Leerzeichen}~~

Von Zeile 287 bis 288 löschen:

selbst eine „lernende Organisation“, die sich ständig weiterentwickelt. Dieser Prozess soll von erfahrenen Expert*innen permanent begleitet werden. ~~{Leerzeichen}~~

Von Zeile 297 bis 298 löschen:

- Stärkung der Mitbestimmung und Mitgestaltung, z. B. durch Klassenrat, Schulforum u. a. ~~{Leerzeichen}~~

Begründung

Die für den Schulaufwand zuständigen kommunalen Körperschaften (Aufwandsträger) denken anders. Sie verteilen ihr Geld nicht pauschal sondern für Einzelmaßnahmen (z. B. Bau eines Radwegs oder

Kindergartens) oder kleinere Zuschüsse (Unterstützung der Vereine). Das Problem ist meines Erachtens in Bayern auch nicht das fehlende Geld. Das Problem ist vielmehr die fehlende Transparenz innerhalb der Schule. Wenn Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen gemeinsam über den Bedarf der Schule entscheiden und dies auch sichtbar machen würden, dann würden die Geldmittel meines Erachtens auch bereitgestellt. Und falls nicht, dann gehört auch dies zum gelebten demokratischen Prozess.